



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 120-2020
Vorstossart: Postulat
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2020.RRGR.171

Eingereicht am: 02.06.2020

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Michel (Schattenhalb, SVP) (Sprecher/in)
Abplanalp (Brienzwiler, SVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 04.06.2020

RRB-Nr.: vom
Direktion: Direktion für Inneres und Justiz
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Raumplanerische Antworten auf die neuen Kampfflugzeuge

Der Regierungsrat wird beauftragt zu prüfen, welche raumplanerischen Veränderungen die Stationierung der neu zu beschaffenden Kampfflugzeuge für den Militärflugplatz Meiringen, auf die weitere Entwicklung des Wohnraums und auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Region Oberer Brienzersee/Haslital haben werden und wie die Bewohner/Behörden unterstützt werden können, adäquat mit den auf sie zukommenden Einschränkungen und Auswirkungen umzugehen.

Begründung:

Das Aaretal vom Brienzersee bis an die Pässe Grimsel und Susten wird relativ stark durch den Militärflugplatz Meiringen dominiert. Im Weiteren haben grössere Infrastrukturbauten, wie die Gasleitung der Transitgas oder auch der Hochwasserschutz für die Aare, grosse Auswirkungen auf die raumplanerischen Gestaltungsmöglichkeiten und die bauliche Entwicklung bestehender und neuer Hochbauten in der Region. In den letzten Jahren wurden die baulichen Optionen durch die Störfallverordnung, die in einem 600-Meter-Korridor um die Gasleitung nur Ersatzbauten zulässt, erheblich eingeschränkt. Nun ist mit der Stationierung der neuen Kampfflugzeuge zu erwarten, dass der neu zu definierende Lärmschutzkataster, je nach dem, welches Flugzeug beschafft werden wird, auf Basis der geltenden Lärmschutzverordnung massive Auswirkungen auf die baulichen Entwicklungsmöglichkeiten im Talboden und an den anliegenden Hängen haben wird. Bereits heute sind von den in der Lärmschutzverordnung definierten Grenz- und Alarmwerte rund 50 (Lr 65 dB +) und 200 (Lr 60 dB +) Wohn-/Gewerbegebäude betroffen.

Die Bevölkerung und die lokalen Behörden in der Region sind mehrheitlich bereit, insbesondere die Lärmbelastungen des Militärflugplatzes zu akzeptieren. Sie haben dies auch mehrmals und seit Jahren so kommuniziert. Dies, weil das VBS in der Region Arbeitsplätze geschaffen und Entlastungsmassnahmen gewährt hat. Mit Blick auf die weitere Zukunft droht dieses Gleichgewicht nun aber zu Ungunsten

der Bevölkerung im Tal zu kippen. Im Verhältnis zu den wirtschaftlichen Vorteilen, deren Bedeutung eher am Sinken ist, nehmen die Einschränkungen und Belastungen überproportional zu. Dies zeigt sich auch in der ungewohnt positiven Pendlerbilanz des Tales und dem Umstand, dass Arbeitnehmende im Tal zunehmend ausserhalb des Tales Wohnsitz nehmen. Die Kommunikation zwischen den lokalen Behörden und dem Flugplatzkommando Unterbach ist gut, doch leiden die lokalen Behörden darunter, dass sie sich vom VBS nicht ernst genommen fühlen. Diverse Anliegen der zehn Gemeinden in der Region wurden vom VBS in den letzten Jahren kaum zur Kenntnis genommen, und die Kommunikation beschränkte sich auf punktuelle, nichtssagende Treffen.

Begründung der Dringlichkeit: Der Beschaffungsentscheid für die neuen Kampfflugzeuge steht diesen Herbst an.

Verteiler

– Grosser Rat